

Bernhard Kaster

- (A) Vor dieser Bundesregierung müssen wir uns und müssen sich vor allen Dingen nachfolgende Generationen besser schützen. Dafür müssen wir uns ernsthaft Gedanken über engere Grenzen auch in unserer Verfassung machen. Der **Investitionsbegriff** im Grundgesetz muss als eingegrenzter Nettobegriff definiert werden.

(Jörg Tauss [SPD]: Meinen Sie die von den CDU- und CSU-regierten Länder? Mein lieber Mann!)

Der Sinn des Art. 115 Grundgesetz wird doch geradezu auf den Kopf gestellt, wenn die Regierung die Begrenzung der Schuldenaufnahme in Höhe der Investitionen einfach durch Vermögensverkauf und beispielsweise durch den unseriösen Postpensionsdeal umgehen kann.

(Jörg Tauss [SPD]: Baden-W
)

Wir brauchen beim Investitionsbegriff zwingend eine Anrechnung von Vermögensveräußerungen – das macht ja auch Sinn –, sprich: von Privatisierungserlösen. Kein betriebswirtschaftlich denkender Mensch versteht, dass beispielsweise Abschreibungen vollkommen außen vor bleiben. Wir brauchen betriebswirtschaftliche Elemente im Haushaltsrecht. Viele Kommunen und Bundesländer machen es vor. Ich verweise auf das Bundesla

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

das auf dem Weg ist, die Doppik einzuführen.

- (B) Theo Waigel und die damalige Koalition haben schon 1997 bzw. 1998 den Startschuss gegeben, die Kostenleistungsrechnung und Produkthaushalte einzuführen. Seit dem Regierungswechsel herrscht hier Stillstand. Über die Experimentierphase ist diese Bundesregierung bis heute nicht hinausgekommen. Weder Ziele noch Fortschritte sind hier auch nur im Ansatz erkennbar. Das ist aber dringend notwendig. Es wird höchste Zeit, dass künftige Etats mit erkennbaren Vermögensbilanzen und sichtbarem Werteverzehr – Stichwort nochmals: Abschreibungen – sowie transparent dargestellten Zuklastungen, etwa Zinsen oder Versorgungsleist-

stellung von Einnahmen und Ausgaben reicht nicht mehr aus.

Lassen Sie mich zum Schluss ein Zitat bringen, das wir sehr gern in der Umweltpolitik verwenden. Es lautet: „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen.“ – Im Interesse der jungen Generation muss der Geist dieses Zitates auch auf unsere Staatsfinanzen Anwendung finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Gerhard Rübenkönig [SPD]: Ih

)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Merkel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Petra-Evelyne Merkel (SPD):

(C)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kaster, ein Erbe hat so seine Folgen. Denn man erbt nicht nur von seinen Vätern und Müttern, sondern auch von den Großvätern und Großmüttern. Es ist vorhin ja schon hervorragend ausgeführt worden, welches Erbe wir in Gestalt von Schulden pro Kopf den Kindern hinterlassen. Es sind das pro Kopf 11 200 Euro aus der Kohlzeit und die 2 531 Euro aus der rot-grünen Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beides zusammen macht das Erbe aus. Diese Klarstellung trägt sicherlich ein wenig zur Sachlichkeit bei.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu einem Bereich, bei dem es erheblich friedlicher wird. Denn ich habe den Eindruck, für Kultur setzen sich erheblich mehr Personen im Parlament ein, als es den Anschein hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vieles in Deutschland wäre farb- u

. Christina Weiss,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

mit ihrem Etat von 950 Millionen Euro. Übrigens ist dieser Etat, wie der Bildungsetat, im Rahmen der parlamentarischen Arbeit etwas aufgestockt worden.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]:
Wir haben es ja!)

(D)

– Richtig, wir haben es an der Stelle, weil Kultur und Bildung zusammengehören, Herr Austermann.

Als Erstes komme ich zu einer wichtigen Grundlage für diesen Etat. Über die Austarierung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern wird ja gerade verhandelt und ich hoffe sehr – ich denke, das ist dringend notwendig –, dass die Föderalismuskommission die Kulturtätigkeit des Bundes stärkt.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt zeigt, dass das weiterhin unabdingbar ist, dass es eine **Zuständigkeit des Bundes für die Kultur** gibt. Wenn wir uns darüber im Grundsatz einig sind, dann werden wir auch einsehen, dass wir da unbürokratische Regelungen brauchen. Ich unterstütze natürlich, dass Kultur als Staatszielbestimmung im Grundgesetz verankert wird.

(Beifall bei der SPD)

V

t – 35,7 Millionen Euro – mit vielen lebendigen und anregenden Projekten, der neue Schwerpunkt „Filmförderung“, die großen Investitionen wie zum Beispiel auf der Museumsinsel, etwa für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz – a –, für die Deutsche Welle – 280 Millionen Euro – mit dem neuen Standort Bonn und dem TV-Standort Berlin.

Petra-Evelyn Merkel

- (A) Wichtig sind meiner Fraktion und mir folgende Projekte für 2005. Die **Anna-Amalia-Bibliothek** ist eben schon von Frau Dr. Christina Weiss angesprochen worden. Als Mitglied des Haushaltsausschusses bin ich sehr froh, dass wir in diesem Jahr die Gelegenheit hatten, uns die Anna-Amalia-Bibliothek anzusehen und die große Sammlung und den Rokokosaal auf uns wirken zu lassen. Es ist wirklich ein unvergleichbarer Schatz, der dort zu finden ist und der jetzt nach dem Brand saniert werden muss.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Deswegen bin ich auch sehr dankbar dafür, dass Christina Weiss sehr schnell mit 4 Millionen Euro die erste finanzielle Not gelindert hat. Ebenso haben das Land und die vielen Spender, die dazu bereit waren und weiterhin sind, dabei geholfen, dass die Sammlung weiter ergänzt werden kann. Ich bin aber ebenso froh darüber, dass es uns gelungen ist, im Haushalt für das Jahr 2005 die Sanierungsmittel bereitzustellen, sodass die Sanierung, die für 2006 gepla

nen. Das ist wichtig.

Wir haben sogar noch 1 Million Euro für die Stiftung Weimarer Klassik eingestellt, damit trotz der extremen Haushaltsnotlage weiterhin Brandschutzmaßnahmen vorgenommen werden können.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Denn es kann niemand ein In lück noch einmal passiert. Es handelt sich um Schätze, die die europäische Kult - chen. Sie müssen gehütet und bewahrt werden, egal – das sage ich für mich persönlich – wer dafür zuständig ist, ob Bund oder Land. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass so etwas nicht noch einmal passieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Unserer Fraktion, aber auch den Grünen ist es wichtig gewesen, dass die **Volksgruppe der Sorben** noch einmal finanziell Luft bekommt, um Strukturveränderungen in ihren Organisationen umsetzen zu können. Gemeinsam mit allen Fraktionen – das zeichnet diesen Etat aus – haben wir den ursprünglichen Betrag von 7,225 Millionen Euro um 500 000 Euro aufgestockt; teilweise gegenfinanziert, teilweise werden die Mittel noch fließen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]:
Einvernehmlich!)

W

stattet wird, wie die Strukturveränderungen angepackt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im kommenden Jahr wird es historische **Gedenktage** geben; sie sind teilweise bereits angesprochen worden. Das Ende des Zweiten Weltkrieges jährt sich zum 60. Mal und wird mit Veranstaltungen nicht nur, aber auch in Deutschla leitet. Im kommenden Jahr wird

- auch der 60. Jahrestag der Befreiung der Konzentrati- (C)
onslager mit einer zentralen Veranstaltung in der Gedenkstätte Buchenwald begangen werden. Wir haben neben einem Zuschuss zur Veranstaltung llen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Opfer eingeladen werden können. Das sind wir diesen schuldig und das ist uns wichtig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Steffen Kampeter [CDU/
CSU]: Auch einvernehmlich!)

– Sie haben Recht, Herr Kampeter, auch das haben wir einvernehmlich getan.

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die als **Zeitzeugen** ihre schrecklichen persönlichen Erlebnisse im hohen Alter Kindern und Jugendlichen erzählen, mit ihnen reden und so zur Aufklä llen muss kla liches Leid nicht wiederholen darf.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Jutta Dümpe-Krüger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn auch Sie die Wahlergebnisse der rechtsradikalen Parteien nicht ruhen lassen, wenn Sie Möglichkeiten haben, mit Jugendlichen zu arbeiten, ob in Schulen, Jugendeinrichtungen oder Vereinen, bitte ich Sie: Laden Sie Zeitzeugen ein und eröffnen Sie durch die persönliche Begegnung, durch authentische Lebensberichte die Chance, dass Jugendliche wachsamer werden. Das ist ein Beitrag gegen die Rechtsradikalen und Neonazis. (D)
Zusammen mit den Programmen „CIVITAS“ und „entimon“, deren Mittel wir Ihren Anträgen entsprechend nicht gesenkt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

sondern aufgestockt haben, ist das eine gute Möglichkeit, einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es geht uns um das richtige Ausgeben von Geld, wenn wir über den Haushalt reden. Darüber wachen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, meine Kolleginnen und Kollegen Politiker und der Rechnungshof. Ich habe in den Berichterstattergesprächen zur Vorbereitung des Haushalts 2005 beantragt, dass wir uns künftig stärker mit der **Museumsinsel** beschäftigen und jährlich ein besonderes Berichterstattergespräch vor Ort durchführen, und zwar bevor der Rechnungshof seinen Bericht abliefern.

Ich meine allerdings, dass die fiskalische Kontrolle Aufgabe des Rechnungshofs ist. Er sollte jedoch nicht die politischen Zielsetzungen formulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

Dazu ist die Politik da, dazu sind meine Kolleginnen und Kollegen und ich da. Wir werden weiterhin über Entscheidungen wie die über eine archäologische Prome-

Petra-Evelyne Merkel

- (A) nade oder ein Eingangsgebäude auf der Museumsinsel in Berlin-Mitte verantwortlich diskutieren.

Unser Stand bisher: Die archäologische Promenade wird zurzeit nicht gebaut, aber durch notwendige Vorsorgemaßnahmen innerhalb der Häuser wollen wir uns die spätere Entscheidung auch nicht verbauen. Ein Eingangsgebäude wird notwendig sein. Wie es gestaltet werden wird, steht noch nicht fest. Dieses gigantische Projekt – das Juwel vor unserer Tür – lebt von den Museen, die vordringlich saniert werden müssen. Museen sind aber auch Lebensraum und dieser muss gestaltet werden. Ich sage das in vollem Ernst, weil ich die Arbeit des Rechnungshofs sehr schätze, auch als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses. Die politische Zuständigkeit liegt bei uns.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Steffen Kampeter [CDU/CSU])

Ich möchte jetzt kurz auf einen Punkt eingehen, der mir sehr wichtig ist. Im vergangenen Jahr wurde immer wieder der Vorwurf erhoben, das Geld versickere in den **neuen Ländern**. Ich habe angeregt, dass wir vier Berichterstatter für den Kulturbereich uns vor Ort ansehen, was mit den Steuermitteln passiert. Wir haben im Frühjahr eine kurze Fahrt gemacht: nach Halberstadt, Quedlinburg, Wittenberg, Halle und zum Abschluss in den Wörlitzer Park.

- (B) Wir vier Berichterstatterinnen und Berichterstatter – Frau Hajduk, Herr Kampeter, an den letzten beiden Tagen war auch Herr Dr. Rexrodt dabei, der leider kurz darauf unerwartet verstarb, und ich – haben die hervorragenden **Kulturangebote** gesehen, die aus Steuermitteln entstanden und mit der Kraft vieler Menschen aus dem Boden gestampft worden sind. Wir haben gespürt, wie wichtig diese Anker sind, um die sich viel Engagement, aber auch der Stolz und die Zuversicht der Menschen ranken. Ich bin sicher, wir werden uns auch im kommenden Jahr über verschiedene Projekte vor Ort informieren.

Ich finde, die Bundesregierung hat für den Bereich Kultur trotz der Zwänge und extremen Nöte einen ver-

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So weit würden wir doch nicht gehen!)

Wir haben ihn verantwortungsvoll beraten. Ich danke allen, auch der Opposition, dafür, dass wir die Anträge, mit denen wir Mittel erhöht haben, in breiter Übereinstimmung verabschiedet haben. Ich denke, dass die Kul-

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin gerade darüber informiert worden, dass die Klingela-

stimmung findet in zehn Minuten statt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Günter Krings.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir erwarten ein wahres Feuerwerk!)

Dr. Günter Krings (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Der Herr Bundesfinanzminister und der Herr Bundeskanzler, der noch abwesend ist und bisher wohl auch noch nicht das Klingelzeichen in Deutschland gehört hat, haben zu Beginn ihrer Amtszeit einen Amtseid abgelegt. In diesem Amtseid heißt es zum Schluss, dass sie sich verpflichten, „Gerechtigkeit gegen jedermann“ zu üben.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Hier ist nicht die Stunde, auf die vielen großen und kleinen Ungerechtigkeiten Ihrer Politik hinzuweisen, die die Wählerinnen und Wähler von heute aktuell betreffen. Ich bin überzeugt, dass nach der Verabschiedung dieses Bundeshaushalts für jedermann in diesem Lande endgültig klar ist, dass diese Regierung ihren finanzpolitischen Offenbarungseid abgelegt hat. Ich bin mir sicher, dass die Wählerinnen und Wähler ihre Chance wahrnehmen werden, Ihnen das bei der nächsten Bundestagswahl zu zeigen, und dass es Ih-

mal, wie Sie es im Jahre 2002 getan haben, Sand in die Augen der Wählerinnen und Wähler zu streuen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Während sich die heutigen Wählerinnen und Wähler in diesem Lande an der Wahlurne selbst gegen Ihre Politik zur Wehr setzen können, können dies die jungen Menschen in diesem Lande und die nachfolgenden Generationen nicht tun. Sie haben keine Chance, heute darauf hinzuweisen, dass ihre Zukunftschancen verfrühstückt werden. Sie sind die Opfer Ih-

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg van Essen [FDP] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Leider wahr!)

Was der SPD die Jugend bzw. der Nachwuchs wert ist, haben wir in dieser Woche gesehen;

(Jörg Tauss [SPD]: Betreuung!)

denn die SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche die Wahl ihres Fraktionsvorstandes durchgeführt. Das einzige Mitglied des engeren Fraktionsvorstandes, das jünger als 40 Jahre ist, ist aus Ih-

Ih
r
Is 40 Jahre ist.

Das ist bei Ihren jüngeren Kollegen nicht ohne Kommentar geblieben. Ich zitiere die Kollegin Kerstin Griesse, die hierzu wörtlich im „Tagesspiegel“ von heute meint: „Das war ein Angriff gegen die junge Generation.“